

Der große Ausverkauf

Wie der Landraub in den Philippinen die Ernährungssouveränität des Landes bedroht

Die Philippinen sind längst Ziel von ausländischen Direktinvestitionen in Land geworden, ein Prozess, der »Land Grabbing« genannt wird. Während der Amtszeit von Gloria Macapagal-Arroyo (2001-2010), sind allein 1,37 Millionen Hektar Land an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet worden, so eine Studie von Oxfam (Kwok 2010). Das Ausmaß ist erschreckend. Bisher wurde Land, dessen Fläche ungefähr der Größe von Schleswig-Holstein entspricht, an ausländische Investoren veräußert. Durch die Landnahme wird das Recht auf Land und Nahrung v.a. der philippinischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zunehmend bedroht und die Aussicht auf eine eigene Existenzsicherung scheint unmöglich.

Benjamin Penlington, Nicole Stockrahm
und Michael Reckordt

Land Grabbing – der neue Investitionstrend

Allgemein bezeichnet Land Grabbing das Phänomen der modernen Landnahme, häufig auch als Landraub betitelt. Dabei pachten oder kaufen transnationale Unternehmen, ausländische Finanzinvestoren und/oder Regierungen Ländereien in anderen Staaten, um dort für die eigene Versorgung Nahrungsmittel oder Agrartreibstoffe zu produzieren. Die Investitionen orientieren sich dabei nur an den eigenen Wachstums- und Profitbedürfnissen der ausländischen Investoren. Das Land wird langfristig von ihnen kontrolliert, die Lebensräume von Menschen und die Umwelt werden häufig zerstört. Neu ist das Phänomen des Land Grabbing nicht. Jedoch wächst das Ausmaß der Investitionen in den letzten Jahren und dadurch verschärft sich die Bedrohung für die lokalen Bevölkerungen, die ihren Zugang zu Land und Wasser gegen die mächtigen Investoren kaum sichern können. Allein im Jahr 2009 wurden über 47 Millionen Hektar Land an ausländische Investoren veräußert, davon 70 Prozent in Afrika. Das entspricht einem Viertel der gesamten Agrarfläche der Europäischen Union.

Aufgrund der ansteigenden Preise für Grundnahrungsmittel, den temporären Exportstopps für Agrarprodukte sowie den hohen Ölpreisen, sind Investitionen in Land eine attraktive Möglichkeit für wohlhabende Länder geworden, um ihren eigenen Nahrungsmittel- und Energiekonsum abzusichern. Ein Drittel der Landnahme ist auf die Produktion von Agrartreibstoffen zurückzuführen. Auch deutsche Gelder fließen beispielsweise über Investment-Fonds in Firmen, die sich am Handel mit Land beteiligen – beispielsweise beteiligt sich die Deutsche Bank am Land Grabbing indem sie über ihre Fondsgesellschaft DWS etwa eine Viertelmilliarde Euro investiert. Darüber hinaus machen einfache Regelungen und günstige Steuerbedingungen in vielen Entwicklungsländern das Pachten für ausländische Investoren noch attraktiver.

Land Grabbing hat massive Folgen für die knapp eine Milliarde hungernder Menschen, von denen 80 Prozent in ländlichen Regionen leben, also dort, wo die Nahrungsmittel produziert werden. Das bedeutet für Kleinbäuerinnen, Kleinbauern, Nomaden, Landlose und indigene Gemeinschaften eine weitere Verschärfung der bereits bestehenden Probleme wie Wasserknappheit, Klimawandel und fehlendem Zugang zu Land. Es existiert eine asymmetrische Machtkonstellation zwischen Investoren und den Regierungen sowie der Bevölkerung. Während die Investoren sich auf internationale Handels- und Investitionsverträge inklusive so genannter »investor-to-state«-Klagemöglichkeiten verlassen, werden die Verhandlungen über das Land häufig ohne Einbezug der lokalen Bevölkerung abgewickelt. Oft rechtfertigen Investoren und Regierungen diese Art der Land-

Die Autor_innen arbeiten zusammen in der Bielefelder FIAN-Gruppe zu den Themen Land Grabbing, Landrechte und Philippinen.

nahme damit, dass es sich um ungenutztes, unfruchtbares und somit nutzloses Land handele. Verpachtet und verkauft wird im Anschluss zu einem sehr niedrigen Preis. Menschen, die dieses »freie Land« vorher bewirtschaftet haben, werden zum Teil gewaltsam vertrieben und können sich rechtlich nicht absichern. Das liegt an der fehlenden Anerkennung ihrer Nutzungsrechte und nicht vorhandenen formaljuristischen Belegen, da die Nutzungssysteme oft mündlich verabredet sind.

Die Lage in den Philippinen

In den Philippinen arbeiteten im Jahr 2008 mehr als ein Drittel der offiziell knapp 34 Millionen Werktätigen in der Landwirtschaft. Das entspricht knapp zwölf Millionen Menschen, wobei Familienmitglieder sowie informell auf dem Land Tätige nicht hinzugezählt werden. Der geringere Teil von ihnen bewirtschaftet eigenes Land. Die Mehrheit arbeitet im philippinischen »Hacienda System«, in dem zwei Prozent einflussreicher Familien mehr als ein Drittel des Landes kontrollieren.

Im Rahmen eines Landreformprogramms (Comprehensive Agrarian Reform Program, kurz CARP) verteilte die Regierung zwischen 1987 und 2008 sechs Millionen Hektar Land an Kleinbauern. Allerdings handelte es sich zum größten Teil um Land, das zuvor in staatlichem Besitz war. Für viele Bäuerinnen und Bauern änderte das CARP nur wenig, da diese auf dem Großgrundbesitz von mächtigen Familien unter katastrophalen Bedingungen arbeiten und ihr Recht auf Land nicht verwirklichen können. Doch von Beginn an stiegen die Repressionen auf die Pächter/innen, die Anträge auf eigenes Land unter dem CARP stellten. Es kam zu zahlreichen politischen Morden, die in direkter Verbindung zur Agrarreform stehen. Walden Bello erklärt die zusätzliche Destabilisierung der sozialen und politischen Lage in den Philippinen damit, dass sieben von zehn Filipinas keinen Zugang zu Land haben (PDI, 5. Januar 2009), und somit über keine ausreichende Subsistenzgrundlage verfügen.

Ein klassisches Beispiel für den gewaltsamen Konflikt um die Landreform zeigt sich an den Farmer/innen der Organisation *Tagalog Kilusang Magbubukid ng Bondoc Peninsula* (KMBP). Diese

Jatropha mit deutschem Kapital

Auch deutsche Investoren könnten auf den Philippinen zukünftig mitmischen. Geplant ist der Anbau von Jatropha in der Iloilo-Provinz auf der Insel Panay, um daraus Energie zu gewinnen. Die in Esslingen und auf den Philippinen ansässige Kasla Group (Kasla ist der lokale Name für Jatropha) will hierzu den Bauern der Region die Ernte abkaufen. Das Unternehmen strebt die Bepflanzung von 80.000 Hektar an (The News Today, 29.10.2010). Ein Drittel des gewonnenen Öls soll nach Europa und in andere Weltregionen exportiert werden, während zwei Drittel zur Stromerzeugung auf den Philippinen verwendet werden sollen (Negros Daily Bulletin, 28.10.2010). Unternehmenssprecher betonen den sozial- und umweltverträglichen Ansatz der Jatropha-Pflanzen.

Die der Jatropha-Pflanze im Vergleich zu anderen Energiepflanzen weitläufig zugeschriebenen Eigenschaften wie Umweltverträglichkeit und ihr Gedeihen auch auf kargen Böden, die sich nicht zum Anbau von Nahrungsmitteln eignen, ist mittlerweile jedoch hoch umstritten. So ist der Wasserverbrauch beim Anbau von Jatropha ungewöhnlich hoch, für die Herstellung eines Liters Agrotreibstoff werden etwa 20.000 Liter Wasser verbraucht. In mehreren Ländern, darunter Indien und Kenia wird die angebliche »Wunderpflanze« bereits nachweislich in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln angebaut und hat zur Vernichtung von Wäldern geführt (Frankfurter Rundschau, 9.7.2010).

Bis dato ist unklar, ob und in welchem Rahmen das Projekt der Kasla-Group tatsächlich durchgeführt werden wird. Auch ist zunächst nicht absehbar, ob hier eine der viel beschworenen Win-Win-Situationen entsteht oder das geplante Projekt wie so häufig zuallererst den Kleinbäuerinnen und -bauern schadet. Klar ist jedoch, dass sich ein Trend weiter verstärkt. Die Philippinen sind für ausländische Investoren derzeit äußerst lukrativ.

Autor: Tobias Lambert

Quelle online unter: <http://land-grabbing.de/fallbeispiele/fallbeispiel-6-landnahme-statt-landreformen-auf-den-philippinen/>

kämpfen seit 1998 gegen die Familie Uy, einer der lokalen Großgrundbesitzer auf der Bondoc-Halbinsel. Über die Hälfte der 120.000 Hektar Anbaufläche auf der Halbinsel teilen sich wenige Großgrundbesitzer, allein 12,5 Prozent der Fläche gehört den beiden Familien Reyes und Uy. In einigen Dörfern gibt es nahezu feudal-herrschaftliche Strukturen, wie in San Vicente, einem Barangay in dem KMBP aktiv ist. Dort waren 2003 98 Prozent der Menschen Pächter/innen. Sie leben in einem feudalen Abhängigkeitsverhältnis und müssen bis zu 70 Prozent ihrer Ernte an den Großgrundbesitzer abgeben, obwohl dies in den Philippinen gesetzlich verboten ist.

Die Menschen vor Ort haben nach dem CARP das Recht auf eigenes Land, sie organisierten sich und stellten 2003, trotz Einschüchterungsversuchen durch vier politische Morde an Vertretern von KMBP, Anträge auf eigenes Land. Doch im Jahr 2005 sprach das Agrarministerium den Pächter/innen lediglich 27 von 595 beantragten Hektar zu. Aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit von NGOs wie FIAN, IPON oder dem **philippinenbüro**, änderte die Familie Uy über

einen Zeitraum von drei Jahren die Vorgehensweise. Die Morde und physischen Übergriffe nahmen ab und stattdessen wurden die Menschen vor Ort vor allem durch zivilrechtliche Prozesse eingeschüchtert. Meistens handelte es sich um Diebstahlbezeichnungen. Diejenigen, die Anträge auf Verteilung des Landes im Rahmen des CARP stellten, wurden angeklagt und nahmen langwierige und teure Fahrten nach Manila auf sich, um ihre Unschuld zu beteuern. Im Jahr 2008 kam es erneut zu einem Mord an einem Bauernführer. Deolito Empas wurde am 19. Februar 2008 aus einer Videoke-Bar entführt, knapp drei Wochen später wurde sein Leichnam gefunden.

Konflikte im Ausverkauf

Der Fall von KMBP ist nur ein Beispiel für Pächter/innen, die für ihr Recht auf Land und die Verwirklichung des Menschenrechts sich zu ernähren eintreten. Doch seit dem weltweiten Anstieg der Lebensmittelpreise und der Finanzkrise im Jahr 2008 sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern einem verschärften Wettkampf um Land ausgesetzt. In den Philippinen sind es vor allem ostasiatische Staaten wie China, Japan und Südkorea ebenso wie die Golfstaaten Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die in die geheimen und die menschenrechtswidrigen Landgeschäfte involviert sind. Hinzu kommt, dass der Verkauf oder die Verpachtung von staatseigenem Agrarland an ausländische Personen oder Gruppen einen Bruch mit der

philippinischen Verfassung von 1987 darstellt (de la Cruz 2011). Die Verfassung erlaubt ausländischen Investoren nur einen 40-prozentigen Besitzanteil. Dennoch versuchen viele Investoren diese Regelung zu umgehen.

Die philippinische Regierung hat in den letzten Dekaden immer wieder Investoren aktiv angezogen, indem sie Ländereien zur langjährigen Pacht oder zum Verkauf freigab. Die ressourcenarmen, aber finanzstarken, staatlichen oder privaten Firmen nutzen die »günstigen« Vertragsbedingungen aus, ohne Rücksicht auf die lokale Ernährungssicherung zu nehmen. Konflikte zwischen hochprofitablen Landgeschäften und der andauernden Landreform sind daher vorprogrammiert.

China beispielsweise wurde von der philippinischen Regierung unter Arroyo im Jahr 2007 in einem *Memorandum of Understanding* (Absichtserklärung) eine Fläche von 1,24 Millionen Hektar Land zugesagt. Das entspricht der gesamten verfügbaren Fläche an öffentlichem Land, das 1993 von dem Ministerium für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR) für die Landreform freigegeben wurde (de la Cruz 2011). Das Ministerium für Agrarreform wählte bereits passende Ländereien aus (PDI vom 5. Januar 2009), doch als es zu öffentlichen Protesten gegen die Durchsetzung des Vorhabens kam, konnte die Landnahme verhindert werden.

Nachhaltige Politik?

Als Resultat der schleppenden Landreform und des verschärften Wettbewerbs durch internationale Investoren ist die ländliche Bevölkerung zunehmend von Armut und Unterernährung betroffen. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind 12,7 Millionen Einwohnerinnen oder 15 Prozent aller Filipinas unterernährt. Unter den Kindern leiden 28 Prozent an Untergewicht und 30 Prozent sind in ihrer geistigen oder/und körperlichen Entwicklung zurückgeblieben (FAO 2011).

Ungeachtet dieser fatalen Ernährungssituation im eigenen Land, hat die Regierung Arroyo zahlreiche Landgeschäfte mit Staaten und internationalen Firmen forciert. Auffällig ist, dass die Geschäfte immer als Entwicklungsmotor für die Philippinen oder als so genannte Win-Win-Situationen dargestellt werden. Ein genauer Blick auf die geplanten oder abgeschlossenen Deals ist jedoch ernüchternd.

In einer Pressemitteilung im Juni 2009 gaben die Allianz der Fischer (PAMALAKAYA) und die linke Bauernbewegung KMP eine Reihe von geheimen Landgeschäften der Regierung Arroyo bekannt. Darunter die Freigabe



Die Hacienda Luisita – auch der Präsident hat sein Land noch nicht verteilt.

Foto: M. Reckordt

von 400.000 Hektar Waldfläche an die *Pacific Bio-Fields Holding Plc.* im Norden von Luzon. Die japanische Firma mit Sitz im Vereinigten Königreich habe vom Umweltministerium DENR und der Philippinischen Kokosnuss Behörde (PCA) die Genehmigung für den Anbau von Biodiesel für den japanischen Markt auf der 400.000 Hektar umfassenden Fläche bekommen. Obwohl die Nutzung der beachtlichen Waldfläche nicht gänzlich ohne Entgegenkommen der japanischen Seite stattfindet, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass hier die japanische Industrie und die damalige Regierung ein Geschäft auf Kosten der philippinischen Landlosen macht. Im Gegenzug zu der Verpachtung des philippinischen Landes auf 25 Jahre, mit der Möglichkeit auf Verlängerung um weitere 25 Jahre, hat sich der japanische Staat bereit erklärt, 400 philippinische Pflegekräfte einzustellen (KMP 2009). Trotz möglicher Transferzahlungen, die beispielsweise von den Pflegekräften in die philippinische Ökonomie einfließen können, bleibt zweifelhaft, ob die Philippinen von diesem Deal profitieren. Die Abhängigkeit des Landes von Nahrungsmittelimporten, insbesondere vor dem Hintergrund hoher und unberechenbarer Nahrungsmittelpreise, wird damit steigen. Darüber hinaus ist die starke Abhängigkeit von Reisimporten und ande-

ren Nahrungsmitteln eine riskante Strategie für das Land, die unter Umständen die Regierung zu teuren Nahrungsmittelkäufen zwingt, um eine Grundversorgung aufrecht zu erhalten. Leidtragende sind, wie 2008 gezeigt hat, die ärmsten Bevölkerungsgruppen, die sich hohe Nahrungsmittelpreise nicht leisten können.

Das philippinisch-japanische Joint Venture ist dabei keineswegs ein Einzelfall. Rege Kontakte und Verhandlungen bestehen auch mit Staaten aus dem Nahen Osten. Unter anderen stehen die VAE, Bahrain, Saudi Arabien und Katar auf der Liste möglicher oder tatsächlicher Investoren.

Anfang 2009 reiste eine Delegation philippinischer Offizieller nach Saudi Arabien um vor der Jeddah Handels- und Industriekammer für attraktive Investitionsmöglichkeiten in den Philippinen zu werben. Konkret ging es um 26.000 Hektar Land im südlichen Mindanao, das die Süd-philippinische Entwicklungsbehörde (SPDA) für die Dauer von 50 Jahren zur Verfügung stellen will. Die philippinischen Offiziellen betonten in diesem Zusammenhang die guten Beziehungen beider Länder und bedankten sich für die über eine Millionen Arbeitsplätze in Saudi Arabien, die mit philippinischen Arbeitern besetzt sind (Concha 2009).

Landgrabber in den Philippinen

Landgrabber	Zweck	Fläche
Bahrain Zwischen: Nader and Ibrahim, Hassan, Sons Co., (private sector Bahrain) and the Representative of the private sector in the Philippines	Agrar-Forstwirtschaft, Nahrungssicherung	10.000 ha
Katar	unbekannt	100.000ha
Vereinigte Arabische Emirate (VAE)	Ernährungssicherheit, insbesondere Früchte wie Banane und Ananas	(+) 3.000 ha
China	Hybrid Korn, Reis und Hirse für den Export	1,24 Mio ha
Südkorea (Firma Jeonman Feedstock Ltd.)	Nahrungssicherung und Tierfutter im Umfang von 10.000 Tonnen im Jahr	94.000 ha (Mindoro)
Japan (eine Firma)	Biotreibstoff aus Kokosnussanbau	400.000 ha (Ilocos)
Saudi-Arabien (Sprecher des Repräsentantenhauses in den Philippinen und der Saudi-Arabischen Handels- und Industriekammer)	Nahrungsmittel, Industrie	26.000 ha (Süd Mindanao)
Saudi-Arabien Joint venture aus philippinischer Firma AgriNurture, Inc., und Far Eastern Agricultural Investment Company	Nahrungsmittel für heimischen und Exportmarkt	50.000 ha
Inländische Landgrabber		
Philippine National Oil Company-Alternative Fuels Corporation (PNOC-AFC)	Biotreibstoff, Jatropha	192.500 ha

Quelle: Autoren (s. Literatur)

Landraub verletzt Menschenrecht auf Nahrung

Im ohnehin ungleichen Machtkampf um eine gerechtere Verteilung des Agrarlandes in den Philippinen zwischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Pächter/innen einerseits und Großgrundbesitzer/innen andererseits, wird das Ziel der Hungerbekämpfung nun auch noch in einem unfairen Wettbewerb mit transnationalen Akteuren konfrontiert (Edgardo Santoalla von Oxfam, zitiert in Kwok 2010). Der großflächige Anbau von Exportprodukten auf philippinischem Boden verringert die Chancen der landlosen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, ihr Recht auf Nahrung zu verwirklichen. Die aggressive Liberalisierungspolitik für ausländische Direktinvestitionen der letzten Legislaturperiode ist ein schlechtes Omen für die Erreichung der Ziele im Rahmen der philippinischen Agrarreform. Unter der Arroyo-Administration stand das Profitstreben ausländischer Investoren häufig vor der Ernährungssicherheit der philippinischen Bevölkerung. Außerdem reicht die jährliche durchschnittliche Reisproduktion von 10,7 Millionen Tonnen (2008 und 2009) nicht aus, um die heimische Nachfrage im Umfang von 14 Millionen Tonnen (2009) zu befriedigen. Die liberale und Investoren-freundliche Politik von Präsident Aquino scheint wenig Grund zur Beruhigung zu geben.

Verheerend sind die Folgen für die weltweite Armut- und Hungerbekämpfung. Dabei steht das Menschenrecht auf Nahrung im Widerspruch zum so

genannten Land Grabbing. Artikel 1 des UN-Menschenrechtspaktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte macht dieses deutlich: »In keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzmittel beraubt werden«. Land und Wasser sind Grundlagen der Ernährungssicherung der ländlichen Bevölkerung in Entwicklungsländern. Im Rahmen des Schutzes der Menschenrechte muss der Zugang zu Land und Wasser gesichert und geschützt werden und darf nicht durch profitorientierte Unternehmen zerstört werden. Anstatt internationalen Investoren das Land anzubieten und zu verpachten, sollte die Landreform endgültig voran getrieben werden, damit auch die Bäuerinnen und Bauern in Bondoc und an anderen Orten sich selbst und die philippinische Bevölkerung mit ausreichend Reis und anderen Nahrungsmitteln versorgen können.

Hoffnung macht eine Gesetzesinitiative, die die staatliche Regulierung und Dokumentation der Landverkäufe und –verpachtungen fordert und dabei vor allem die Transaktionen transparent gestalten möchte. Mit der Forderung zu mehr Transparenz soll das Gesetz vor allem Kleinbäuerinnen und Kleinbauern schützen (vgl. de la Cruz 2011).

— Anzeige —

Das Echo der Migration

Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert - Hrsg: Niklas Reese / Judith Welkmann (Hrsg.) erschienen im Horemann-Verlag 2010

Bezug für 19,90 € zzgl. Porto über: philippinenbuero@asienhaus.de

Wenn hierzulande von Migration die Rede ist, dann geht es vorrangig um die Frage, ob diese für „die deutsche Wirtschaft“, für das deutsche Sozialsystem oder zum Ausgleich demographischer Verzerrungen nützlich ist. MigrantInnen werden erst dann wahrgenommen, wenn sie die Mauern der 'Festung Europa' bereits überwunden haben – egal ob als 'Problem' oder als 'Bereicherung'. Abgesehen davon, dass es ethisch fragwürdig ist, die Anwesenheit von Menschen von deren „Nützlichkeit“ abhängig zu machen, werden die Gründe und Migrationsmotive der Menschen für ihre Entscheidung selten thematisiert. Noch viel unzureichender ist die Kenntnis darüber, was in den Herkunftsgesellschaften für Prozesse stattfinden, die erst durch Migrationsbewegungen erzeugt werden. Dabei sind die migrationsbedingten Umbrüche in den Herkunftsgesellschaften mindestens ebenso spürbar wie in den Aufnahmegesellschaften. Um diese Wissenslücke ein wenig zu schließen, hat das **philippinenbüro** gemeinsam mit dem Informationsbüro Nicaragua den Sammelband „Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert“ herausgegeben. Anhand zahlreicher Erfahrungsberichte und Studien in den Auswanderungsregionen Lateinamerikas und Südasiens beschreiben die AutorInnen, wie Menschen mit einem Leben „zwischen den Welten“ zurecht kommen, warum sich Menschen entscheiden zu migrieren, in wie weit finanzielle Rücküberweisungen zur Entwicklung und Armutbekämpfung beitragen, wie sich Familien neu organisieren und wie sich hierdurch die Geschlechterverhältnisse verändern, und warum es für manche MigrantInnen so schwer ist, dauerhaft "nach Hause" zurückzukehren. Der Sammelband will so einen Beitrag für ein größeres Verständnis für MigrantInnen, für ihre Beweggründe, ihre Hoffnungen und Probleme, und natürlich für ihre Herkunftsgesellschaften in Lateinamerika und Südostasien (Schwerpunkt: Mexiko und die Philippinen) leisten.

**Literatur**

- Concha, Ronaldo (2009): Delegation seeks Saudi investment in Mindanao; in Saudi Gazette vom 3. Februar 2009
- De la Cruz, Rosselynn Jaye G. (2011): The new conquistadores and one very willing colony: A discussion on global land grabbing and the Philippine experience
- FAO (2011): Countryreport; online unter: <http://www.fao.org/countries/55528/en/phil/>
- KMP (2009): KMP and Pamalakaya expose RP-Bahrain secret pact on agriculture; online unter: <http://www.asianpeasant.org/content/kmp-and-pamalakaya-expose-rp-bahrain-secret-pact-agriculture>
- Kwok, Abigail (2010): Aquino urged to review farmlands lease to foreign investors; In: Philippine Daily Inquirer vom 12. November 2010
- Philippine Daily Inquirer (2009): »New Global Land Grab« – Rich states target poor's farmland; Philippine Daily Inquirer vom 5. Januar 2009.